

GEDENKDIENST

Zivilersatzdienst - Holocaust-Education - Europäischer Freiwilligendienst

No 2/07

Der Nation ihr Museum geben?

Als die Darstellung der Nation noch einfach war ...



Das Haus der Geschichte: Die Würfel sind wieder im Becher

Das Spiel „Mensch ärgere dich nicht“ zählte zu den essentiellen pädagogischen Mitteln in der Erziehung der heute 40 bis 70-jährigen und damit zur Sozialisation jener Personen, die seit 1999 im Regierungsauftrag an einem „Haus der Geschichte“ basteln. Die Bedeutung der Einübung in geduldigen Umgang mit jenen Grenzen, die einem durch die Kombination von Zufall und Wettbewerb gesetzt werden, kann gar nicht überschätzt werden. Kaum fühlte man sich dem Ziel nahe, als erster alle 6 Figuren ins Ziel zu bringen, schon wurde man von einem Mitspieler mit einem glücklichen Würfelwurf wieder abgefangen und an den Start zurückgeschickt. Das gab Tränenausbrüche, Zorn, mit der Zeit aber auch Einsicht in die Nutzlosigkeit kindlicher Allmachtsphantasie. Und irgendwann gab man das Spiel dann auf.

von Siegfried Mattl

Der Fehlstart

Zurück an den Start heißt es nun zum x-ten Mal auch für die Leute am Tisch des „Hauses der Geschichte“. Begonnen hatte es 1999 mit zwei alternativen Konzepten, die jüngste Geschichte der Republik in ein Museumsformat zu packen und öffentlich zugänglich zu machen. Das im Rückblick gesehen von nobler Zurückhaltung geprägte Konzept eines „Hauses der Toleranz“, verantwortet von Anton Pelinka und Leon Zelman, fokussierte auf die jüdisch-österreichische Erfahrung mit Ausgrenzung und Verfolgung, um bei einer zeitgenössisch-universalen Auseinandersetzung mit Rassismus und Genozid anzukommen. Das von den Historikern Stefan Karner und Manfred Rauchensteiner vorgelegte Papier für ein „Haus der Geschichte der Republik Österreich“ wollte alles: die dreidimensionale Übersetzung von Längs- und Querschnitten durch ein Jahrhundert, die aus dem Gemenge heterogener historiografischer Texte ein einziges Tableau schaffen sollte.

Zwei Parteien, so sollte man spieltheoretisch meinen, hätten sich doch auf ein gemeinsames Vorgehen einigen können. Indes: Beim „Haus der Geschichte“ änderten sich nicht nur die Personalien, sondern auch die Spielregeln. Die Möglichkeiten eines großkoalitionären Kompromisses waren mit der Wende des Jahres 2000 dahin; damals verlor das „Haus der Toleranz“ mit dem sozialdemokratischen Wissenschaftsminister Caspar Einem seinen wichtigsten Anwalt. Dafür machten aber die universitären WissenschaftlerInnen Front gegen die Vorstellung, die Unterrichtsministerin Gehrler nutze die Gelegenheit und statte nunmehr ein „Haus der Geschichte“ mit nationalhistorischer Deutungshoheit und

ihrer eigenen Partei nahe stehenden Experten aus. So kam Sand ins Getriebe des Museumsprojekts, obwohl es in der Regierungserklärung Schüssel I verankert worden war.

Das trojanische Pferd „Gedankenjahr 2005“

Nach einem debattenmäßigen Hin und Her von zwei, drei Jahren sahen dann andere ihre Chance gekommen: Das „Gedankenjahr 2005“ bot sich einer Handvoll master-minds, die bislang noch nicht ins Geschehen des „kleinen“ Historikerstreits einbezogen waren, als trojanisches Pferd an. Ein Kulturjournalist, ein abgesetzter Museumsdirektor, ein ehemaliger Finanzminister und ein früherer Sprecher der Industriellenvereinigung beglückten das Volk mit einer teuren Ausstellung im Belvedere, listig argumentierend, damit den Grundstein für ein „Haus der Geschichte“ gelegt zu haben. Was nun so ganz staatstragend und repräsentationskulturell daher kam, rief nicht nur die HistorikerInnenzunft wieder auf den Plan, sondern kränkte auch die nicht ganz einflusslosen Initiatoren des ersten Konzeptes; immerhin war Manfred Rauchensteiner Direktor des Heeresgeschichtlichen Museums, das eine Schlüsselstellung in der Umsetzung des Projektes hätte spielen müssen.

Im März 2006 fusionierte daraufhin die Unterrichtsministerin das Kernteam der Belvedere-Ausstellung mit dem Rest-Team der Projektgruppe „Haus der Geschichte der Republik“ und stellte dieser Arbeitsgruppe einen renommierten ORF-Programmgestalter und den neuen Direktor des Heeresgeschichtlichen Museums bei. Der Auftrag: die Erstellung

Fortsetzung auf Seite 7

Inhalt

Andrea Brait: (K)Eine regierungsamtliche Geschichtsdarstellung?	2
Manfried Rauchensteiner: Der Krieg im Museum	3
Maria Neumann: „Vom Schild und Schwert der Partei“	4
Dirk Rupnow: Endlager Museum	5
Florian Wenninger: Herr Unterberger, wie meinen?!	6
Johann Kirchknopf: Vorträge von Zeitzeugen aus London an Wiener Schulen	7
Judith Katzlinger: Gedanken rund um EVS in Westerbork	7

Editorial

Liebe Leserin! Lieber Leser!

Der nationalen Geschichte ihr Museum geben. Ein problematisches Unterfangen? Offensichtlich, wie hierzulande das Projekt „Haus der Geschichte“ zeigt. Die öffentliche Hand betreibt Museen für alles Mögliche: für Kunst, Stadtgeschichte, Völkerkunde, Technik etc. Die Staatsnation verfügt zudem über eine Vielzahl von Kultur- und Bildungseinrichtungen, von der Volksschule bis zum Opernhaus; sie betreibt ihre Medienorgel, den ORF – warum also nicht auch ein historisches Museum ihrer selbst? Andererseits: Warum auch noch ein Museum bzw. warum noch ein weiteres?

Siegfried Mattl schreibt über das Vorhaben, Österreich in einem Haus der Geschichte zu repräsentieren; Andrea Brait berichtet über ein bereits eröffnetes deutsches Pendant. Manfred Rauchensteiner befasst sich mit dem „Krieg im Museum“ – nur scheinbar ein anderes Thema, denn ein Heeresgeschichtliches Museum, wie es Rauchensteiner lange führte, partizipiert schon durch die enge Verknüpfung von Militär, Staat und Nation zwangsläufig an nationaler Selbstverständigung. Maria Neumann reflektiert ihre Eindrücke beim Besuch des Museums über die Staatssicherheit in Berlin – aus Perspektive des vereinigten Deutschlands eine überwundene Vergangenheit, ein Gegenbild zur demokratischen Nation. Das Andere der Deutschen Nation als rassenreine Volksgemeinschaft waren die Juden. Ihnen widmete sich eine Politik der Vernichtung – und der Musealisierung, so Dirk Rupnow.

Der österreichische Staat leistet sich die „Wiener Zeitung“: Dort durfte Anfang des Jahres ein rechtsradikaler Anwalt schreiben. Deshalb unter anderem von Gedenkdienst kritisiert, droht Chefredakteur Andreas Unterberger unserem Verein mit einer Klage. Lustig, wenn man der Meinung ist, dass man das Amtsblatt der Republik ohnehin nicht ernst nehmen soll. Ansonsten sehr unlustig.

Oliver Kühschelm
Chefredakteur GEDENKDIENST

(K)Eine regierungsamtliche Geschichtsdarstellung?

Zu den Debatten um das Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland

In Österreich wird es seit 1998 einmal mehr und einmal weniger heftig diskutiert, in Deutschland ist es schon eröffnet: ein Museum, das rein der nationalen Zeitgeschichte gewidmet ist. Doch auch der Realisierung des Hauses der Geschichte in Bonn ging eine langjährige Debatte voraus.

Willensbekundung der Regierung und darauf folgende Kontroversen

Im Oktober 1982 schlug der damalige deutsche Bundeskanzler und promovierte Historiker Helmut Kohl in einer Regierungserklärung vor „eine Sammlung zur Deutschen Geschichte seit 1945“ aufzubauen; im Mai des folgenden Jahres betonte er die Notwendigkeit „dieses Vorhaben bald auf den Weg“¹ zu bringen. Insbesondere nach der Erarbeitung und Veröffentlichung eines Grundkonzeptes war die öffentliche Debatte eröffnet.

Wie auch in Österreich gab es grundsätzliche Kritik an der Planung einer derartigen Einrichtung. Diese richtete sich nicht nur gegen das Bonner Projekt, sondern verschmolz teilweise mit jener gegen das ebenfalls von Kohl initiierte Museum in Berlin, das parallel geplant wurde, aber einen breiteren zeitlichen Rahmen behandeln sollte. Einige Kommentatoren zweifelten die Darstellbarkeit von Geschichte in einem Museum generell an. In diesem Zusammenhang wurde auch die Annahme kritisiert, mit einem historischen Museum lasse sich nationale Identität stiften. Außerdem gebe es die zur Legitimation des Bauvorhabens behauptete Geschichtslosigkeit der Deutschen gar nicht. Weiters wurde befürchtet, dass die neuen Museen ein regierungsamtliches Geschichtsbild vermitteln würden. Gegen diese Mutmaßung wehrten sich die Planer jedoch: Kohl verwies unter anderem auf die Mitwirkungsmöglichkeiten der politischen Parteien, mehrerer unabhängiger Sachverständiger sowie verschiedener gesellschaftspolitisch relevanter Kräfte in den Stiftungsorganen (Kuratorium, Wissenschaftlicher Beirat und Arbeitskreis gesellschaftlicher Gruppen).²

Daneben wurde über die konkreten Inhalte des Konzeptes diskutiert. Besonders bemängelt wurde das Ausblenden der Vorgeschichte der Bundesrepublik, also vor allem der NS-Zeit. Ein weiterer, immer wieder vorgetragener Kritikpunkt war, dass die Teilung Deutschlands durch eine derartige Ausstellung öffentlich abgesegnet und gebilligt werde. Außerdem wurden einzelne inhaltliche Aspekte kritisiert, wie beispielsweise die geplante Darstellung der Geschichte der Studen-

tenbewegung und der Aufbruchphase in den 1960er und 1970er Jahren unter Ausblendung der sich daraus ergebenden Reformen und gesellschaftlichen Bewegungen. Debattiert wurde aber nicht nur über die Inhalte des künftigen Museums, sondern auch über die Besoldung des Direktors sowie das Budget und die Personalausstattung. Ebenso wurden die späte Einbringung des Stiftungsgesetzes im Bundestag und die als zu gering angesehenen Mitwirkungsmöglichkeiten der Parlamentarier bei der Planung beanstandet.

Orte der Auseinandersetzungen waren neben den Tages- und Wochenzeitungen der Deutsche Bundestag sowie die Stiftungsorgane.

Die politischen Ereignisse der Jahre 1989/90 konnten nicht ohne Folgen für das projektierte Haus der Geschichte bleiben.

1989 und die Folgen für das Museumsprojekt

Die politischen Ereignisse der Jahre 1989/90 konnten nicht ohne Folgen für das projektierte Haus der Geschichte bleiben. Es bestand die Befürchtung, dass das neue Zeitgeschichte-Museum noch vor seiner Eröffnung obsolet werden könnte. Gegen diese Sorge wandte Gründungsdirektor Hermann Schäfer ein, dass das Museum von Anfang nicht als isolierte Darstellung der Geschichte der BRD geplant war und aufgrund der Offenheit des Konzeptes in der Lage sei auf die neuesten historischen Entwicklungen zu reagieren.³

In den ganzen Jahren der Vorbereitungen wurde der Standort des neuen Museums kaum diskutiert: Bonn stand als solcher von Anfang an fest. Die Einrichtung sollte ein zusätzliches Angebot an die vielen tausend Besucher des Regierungsviertels sein und war Teil des Planes die damalige Hauptstadt zu einem Kulturzentrum zu entwickeln. Diese Sinnstiftung verlor jedoch ihre Wirkung, als der Deutsche Bundestag Mitte 1991 beschloss den Regierungssitz nach Berlin zu verlegen. Diese Entscheidung hatte aber keine direkte Auswirkung auf das neue Museum, denn dessen Bau war bereits begonnen. Schäfer argumentierte, dass Bonn auch nach der Wiedervereinigung ein Symbol für jene Tradition Deutschlands sei, die das internationale Ansehen des Staates ganz entscheidend bestimmt habe und daher die Berechtigung des Standortes nicht infrage gestellt sei.⁴

Die Dauerausstellung ab 1994: Scharf kritisiert und hoch gelobt

Die Eröffnung der Dauerausstellung am 14. Juni 1994 brachte kein Ende der Debatten um dieses Museum. Der Historiker Hans Mommsen, von Anfang an erbitterter Gegner des Museumskonzeptes, bezeichnete die Schau als „inhaltsleere Selbstbespiegelung“⁵. Die musealisierten Aspekte wurden teilweise sogar noch heftiger als in der Planungsphase diskutiert. Viele sahen sich in ihren Befürchtungen bestätigt, dass hier das Geschichtsbild Kohls einen musealen Rahmen erhalten würde. Als Schwachpunkte wurden vor allem die Darstellung der DDR-Geschichte, die als „Westblick in den Affenkäfig“⁶ beschrieben wurde, sowie der zu kurz geratene Bezug auf die NS-Vergangenheit ausgemacht. Vermisst wurden ursächliche Erklärungen und eine die Exponate einigende Botschaft. Und dort, wo inhaltlich nichts zu bemängeln war, stieß man sich am chronologischen Aufbau der Ausstellung, an der Form der Inszenierung und an der Fülle von Exponaten. Auch die Architektur wurde beanstandet: Die innere Gestaltung der Ausstellungsfläche suggeriere durch die ständig aufwärts gerichtete Wegführung, dass die bundesdeutsche Geschichte ein unbestreitbarer Erfolgsweg sei.

Der ehemalige Bundesbauminister Oscar Schneider, 1986-99 Vorsitzender des Kuratoriums der Stiftung Haus der Geschichte, hatte sich hingegen bereits vor der Eröffnung überzeugt gezeigt, dass das Museum nationalen und internationalen Vergleichen standhalten könne.⁷ In der Tat erhielt das Bonner Haus viel Zuspruch in der Fachwelt: 1995 wurde es vom Kulturausschuss des Europarates als Europäisches Museum des Jahres ausgezeichnet, was mit der „überzeugende[n] und wirkungsvolle[n] Darstellung aktueller zeitgeschichtlicher Probleme“⁸ begründet wurde; in der „Recommendation 1283 (1996) on history and the learning of history in Europe“ bezeichnete es die Parlamentarische Versammlung des Europarates als vorbildhaft für andere nationale historische Museen. Das Haus ist seit seiner Eröffnung eines der meistbesuchten Museen Deutschlands; in einer Umfrage (1995) bewerteten 90 Prozent der Besucher die Schau als gut.⁹

2001 wurde eine neue Dauerausstellung eröffnet, in der nun viele Bereiche, besonders jener ab 1974, überarbeitet sowie zahlreiche neue Objekte zu sehen sind. Der Blick wurde verstärkt auf die deutsch-deutschen Beziehungen sowie auf die frühere DDR gerichtet.

Das Ende der Darstellung ist nach wie vor offen und so sammelt das Museum weiter Exponate, die später in die Ausstellung eingebaut werden sollen, so beispielsweise etliche zur Fußball-WM 2006.

Das Haus der Geschichte versteht sich jedoch nicht als reines Museum, sondern vor allem auch als Bildungseinrichtung.

Das Haus der Geschichte versteht sich jedoch nicht als reines Museum, sondern vor allem auch als Bildungseinrichtung. Diesem Anspruch wird mittels des freien Eintrittes und des Informationszentrums, das es ermöglicht Wissen zu vertiefen, Rechnung getragen. Somit wurde eine zentrale Forderung der Kritiker des Projektes erfüllt. Die SPD-Abgeordnete Doris Odendahl hatte etwa gemeint: „wir brauchen ... ein offenes Haus, in dem sich die Bürgerinnen und Bürger ... mit unserer Geschichte auseinandersetzen können.“¹⁰

Bezugnehmend auf die Europarats-Empfehlung von 1996 erhebt sich die Frage, inwiefern das Museum in Bonn einem künftigen österreichischen Haus als Vorbild dienen könnte. Doch die Situation stellt sich hier völlig anders dar: Abgesehen davon, dass die inhaltlichen Debatten ganz andere sind, fehlt bis dato ein durchgängiger politischer Wille ein solches Projekt zu realisieren.

Andrea Brait,

Historikerin, arbeitet an einer Dissertation zu historischen Museen in Österreich und Deutschland

1 Kohl, Helmut: Programm der Erneuerung: Freiheit, Mitmenschlichkeit, Verantwortung. Regierungserklärung des Bundeskanzlers am 4. Mai 1983 vor dem Deutschen Bundestag in Bonn

2 vgl.: Rede von Kohl in der 125. Sitzung der 11. Wahlperiode des Deutschen Bundestages vom 16. Februar 1989

3 vgl.: Schäfer, Hermann: Ist es überhaupt sinnvoll, zu diesem Zeitpunkt ein Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland – noch ..., Handelsblatt vom 12. April 1990, Seite 1

4 vgl.: ebenda

5 Mommsen, Hans: Das Haus der Geschichte besteht seit zehn Jahren. „Inhaltsleere Selbstbespiegelung statt Analyse“, Kölner Stadtanzeiger vom 10. Juni 2004

6 Der westliche Blick auf die Geschichte. Ein nachdenklicher und aufschlussreicher Spaziergang durch das Bonner Haus mit Jens Reich, Berliner Zeitung vom 30. Juli 1994, Seite 37

7 vgl.: DPA-Meldung vom 8. Dezember 1993

8 Das europäische Museum des Jahres 1995, in: Süddeutsche Zeitung vom 9. Dezember 1994, Seite 13

9 vgl.: DPA-Meldung vom 27. Mai 1995

10 Rede von Odendahl in der 125. Sitzung der 11. Wahlperiode des Deutschen Bundestages vom 16. Februar 1989

Der Krieg im Museum

Seinerzeit ist alles klar gewesen. Da wurden Heeresmuseen errichtet, wie im Wiener Arsenal, im Berliner Zeughaus oder in der Dresdner Albertstadt.

Sie orientierten sich an anderen schon bestehenden Einrichtungen und hatten in der Regel ein einziges Ziel: Sie wollten zeigen, wie die Streitkräfte des eigenen Landes zur staatlichen Existenz beigetragen und im österreichischen Fall den Erhalt der Habsburgermonarchie zumindest einigermaßen sichergestellt haben, oder im deutschen Fall die angestrebte Weltmachtstellung militärisch vorbereitet hatten. Nach dem Ersten Weltkrieg war diese Linie so einfach nicht mehr zu verfolgen. Doch mit der Brücke „Im Felde unbesiegt“ ließ sich auch für das Hunderttausend-Mann-Heer des Deutschen Reichs eine Krücke konstruieren. Im österreichischen Fall wurde suggeriert, dass trotz der Kleinheit von Staat und Heer die Größen der Vergangenheit in den Reihen des Bundesheers mitmarschierten und sich in der musealisierten Tradition selbstverständlich wiederfanden.

Das Schöne an der Traditionspflege ist ja, dass man sie selektiv einsetzen kann: Was gegenwärtig von Bedeutung und richtungweisend für das Selbstverständnis ist, das sollte gepflegt und gezeigt werden; was da nicht hineinpasst, das lasse man einfach weg. In den Museen des deutschsprachigen Raumes dominierte in der Zwischenkriegszeit sehr bald der Erste Weltkrieg und wurde die Tapferkeit der Soldaten und deren Opferbereitschaft hervorgehoben und eben auch zu zeigen versucht, wie man angeblich nur der drückenden materiellen Überlegenheit der Feinde erlegen war. Kein Wort vom Versagen der Politik und zahlreicher militärischer Führer gerade

Österreich-Ungarns oder gar von einer Militärdiktatur in Deutschland. In Wien wurde freilich die Präsentation der militärischen Geschichte des Landes für so wichtig angesehen, dass längere Zeit ernstlich überlegt worden ist, das Heeresmuseum aus dem Arsenal in die Hofburg zu übersiedeln. Dann kamen NS-Zeit und Krieg.

Die dritte Schatzkammer

Wieder gab es Brüche und den Versuch der Wiederanknüpfung, wobei das Wiener Museum trotz der starken Zerstörungen der Museumsgebäude im Arsenal und des Verlusts eines Teils der Sammlungen gegenüber den deutschen Museen 1945 einen klaren Startvorteil besaß. Die schon in der Provisorischen Staatsregierung und vor allem in der Person des kommunistischen Unterrichts- und Kultusministers Ernst Fischer deutlich gewordene Überzeugung, dass es gelte, Österreich von Deutschland abzuheben, ihm seine große Vergangenheit vor Augen zu führen und zumindest nachträglich Maria Theresia über Friedrich II. und die Preußen siegen zu lassen, fand durchaus Anklang bei der eigenen Bevölkerung und nicht zuletzt bei den Besatzungsmächten, allen voran den Sowjets. Als schließlich das mittlerweile zum Heeresgeschichtlichen Museum gewandelte Haus 1955 wiedereröffnet wurde, schwangen mehrfach emotionale Saiten mit. Im Staatsvertragsjahr, angesichts der noch nicht erklärten aber wenige Wochen später verkündeten immerwährenden Neutralität, schien das Heeresgeschichtliche Museum der deutlichste Ausdruck eines neu und wieder gefundenen Selbstverständnisses zu sein. Da die Sammlungen, die allerdings nur bis 1914 gingen, auch viel Kostbares enthielten und manches in seinem historischen Wert zweifellos einzigartig war, lag es wohl nahe, dem Museum die Bezeichnung einer dritten Schatzkammer Österreichs, neben der weltlichen und der geistlichen, zu geben.

In Deutschland war man noch lange nicht so weit. Der Partikularismus der Länder und die Teilung Deutschlands verhinderten die Errichtung eines gemeinsamen Museums, und erst in den Sechziger Jahren wurde in Rastatt in Anlehnung an die großherzogliche Sammlung im Schloss ein Museum einzurichten begonnen, das sich als Wehrgeschichtliches Museum Rastatt präsentierte und in die Zuständigkeit der Bundeswehr fiel. Doch in Ingolstadt entstand beispielsweise das Bayerische Armeemuseum, und in Dresden wurde das Museum der Nationalen Volksarmee eingerichtet. Erst

gegenwärtig und singulär in der deutschen Geschichte entsteht in Dresden ein gesamtdeutsches Militärgeschichtliches Museum. Es lässt schon in seiner Bezeichnung einen begrifflichen Anklang an das Wiener Haus erkennen, und da die beiden großen historischen Museen Deutschlands, das Deutsche Historische Museum in Berlin und das Haus der Zeitgeschichte in Bonn, die militärische Komponente weitestgehend ausklammern, kommt dem Haus in Dresden zweifellos die Funktion zu, eine der schwierigsten und wohl weiterhin kontroversiell zu diskutierenden Fragen ausstellungsmäßig zu bewältigen, nämlich die Frage nach den Ursachen für Gewalttätigkeit und der Rolle deutscher Truppen im Zusammenhang mit der Entfesselung und der Einhegung von Gewalt. Dabei wird dem Zeitraum 1918 bis zur Gegenwart der anteilmäßig größte Raum gegeben.

Politik und Gewalt

Seit Jahrzehnten wird die Militärgeschichte in Deutschland und Österreich nicht mehr als Sonderdisziplin, sondern als integrativer Bestandteil der Geschichtswissenschaft gesehen. Es geht daher auch im Dresdner Fall darum, die Militärgeschichte im Zusammenhang mit der geschichtlichen Gesamtentwicklung der jeweiligen Epoche darzustellen. Es geht darum, die Militarisierung und zeitweilige Brutalisierung einer Gesellschaft zu zeigen und die Frage anzuschließen, ob und wie man darüber hinwegkommt.

Und in Wien? Da ist man mittlerweile zurückgeblieben. Zum Teil hat das seine Ursache in den baulichen Rahmenbedingungen, da in dem museal genutzten Arsenalgebäude in der permanenten Ausstellung kein bis in die Gegenwart reichender Abschnitt unterzubringen ist. Aber das ist nur ein Teil der Wahrheit. Es war und ist nämlich nicht angenehm, sich Fragen zu stellen, die sich aus dem Anteil Österreichs am Nationalsozialismus zwangsläufig ergeben. Daher wurde seit dem Oktober 1998, als der Abschnitt Republik und Diktatur, 1918 bis 1945, in die permanente Ausstellung einbezogen worden ist, nicht nur über Details des Gezeigten gesprochen und immer wieder auch erregt diskutiert. Noch vor drei Jahren lautete eine Empfehlung des Verteidigungsministeriums gänzlich unumwunden: Der Saal sollte wieder geschlossen werden. Sollen sich doch andere mit der Zeit des Nationalsozialismus abmühen. Genau das wäre aber nicht nur der falsche Weg, sondern eine Katastrophe.

Das Heeresgeschichtliche Museum hat so wie das Militärgeschichtliche Museum in Dresden die Aufgabe, sich mit Ge-

waltsamkeit auseinanderzusetzen und die Zusammenhänge zwischen Politik und Gewalt deutlich zu machen. Und sollte jemand der Meinung sein, das alles ließe sich mit dem Verweis auf Hitler und den Nationalsozialismus abtun, der irrt gewaltig. Aber es gehört durchaus zur gelebten österreichischen Gegenwart, dass man so tut, als ob es nach der bösen Nazizeit keine Zusammenhänge mehr gäbe, dass z.B. die Neutralität an sich schon schütze und dass notfalls die anderen Krieg führen sollten, weil wir selbst so friedfertig sind und so etwas nie tun würden (tu felix Austria nube). Noch pointierter gesagt: Sollen doch die Tschechen und die Slowenen darauf achten, dass uns nichts passiert. Liegt doch in deren eigenem Interesse, oder? - Das hat man alles schon gehört. Doch es ist sicherlich die falsche Antwort auf die Frage nach den Wurzeln von Gewalt und deren Ausdrucksformen. Und dass dabei nicht nur die Geschichte in den Zeugenstand gerufen werden kann, sondern in ganz besonderer Weise auch nach den Ursachen für militärische Gewaltanwendung in der Gegenwart zu fragen ist, liegt eigentlich auf der Hand.

Militärgeschichtliche Museen müssen sich freilich generell mit der Frage beschäftigen, für wen sie ausstellen und Vergangenes bewusst machen: Für jene, die es erlebt haben, jene, denen es erspart geblieben ist oder jene, die sich darüber bewusst werden müssen, dass auch in Zukunft Politik und Gewalt nicht nur Lexikonbegriffe sind. Man könnte freilich weiter fragen: Wie denn soll man die Geschichte von Kriegen und die Entfesselung von Gewalt zeigen? Konkret: Genügt es, zweihundert Jahre Kriege des Hauses Habsburg gegen das Osmanische Reich zu zeigen und dabei nicht auch zu berücksichtigen, dass unter den Schülern, die das Museum gegenwärtig besuchen, vielleicht 20% Türken sind? Auch sie werden interessiert und angesprochen werden müssen. Sie wurden freilich in einer ganz anderen Zeit als der dargestellten sozialisiert, doch sie identifizieren sich auch anders. Und dabei kommt fast unausweichlich ins Spiel, dass militärgeschichtliche Museen nur dann, wenn sie keine reinen Waffen- und Kriegsmuseen sind, eine immens wichtige Rolle im Rahmen einer Gesellschaft spielen: Sie zeigen wie keine anderen Einrichtungen, dass Kriege und Konflikte auch überwunden werden können und dass es nicht nur Kriegs- sondern auch Friedensordnungen gibt.

Manfried Rauchensteiner,
Historiker, 1992-2005 Direktor des
Heeresgeschichtlichen Museums

Impressum

Offenlegung gemäß § 25 Mediengesetz:
Medieninhaber: GEDENKDIENTST – Zivilersatzdienst – Holocaust-Education – Europäischer Freiwilligendienst, A-1010 Wien, Rabensteig 3/18, tel +43 1 581 04 90 fax dw -90, office@gedenkdienst.at, BAWAG, BLZ 14 000, Kto. 02010607593, DVR 003506, **Obmann:** Florian Wenninger, **Kassier:** Leonhard Meirer, **Schriftführer:** Stefan Onzek

Grundlegende Richtung laut Mediengesetz:
Die Zeitung GEDENKDIENTST ist Informations- und Kommunikationsorgan des Vereins GEDENKDIENTST – Zivilersatzdienst – Holocaust-Education – Europäischer Freiwilligendienst
Die Zeitung dient der Erreichung der Ziele des Vereins und erscheint vierteljährlich.

Jede weitere Veröffentlichung bedarf der Zustimmung der AutorInnen.

MitarbeiterInnen dieser Ausgabe:
Andrea Brait, Judith Katzlinger, Johann Kirchknopf, Siegfried Mattl, Maria Neumann, Manfred Rauchensteiner, Dirk Rupnow, Florian Wenninger
Redaktion: Oliver Kühschelm
Layout: Harald Mahrer

Impressum: Verleger/Herausgeber/Hersteller:
GEDENKDIENTST – Zivilersatzdienst – Holocaust-Education – Europäischer Freiwilligendienst
A-1010 Wien, Rabensteig 3/18, tel & fax +43 1 581 04 90
Druck: REMAprint, Wien, Erscheinungsort: Wien,
Auflage: 2000, Preis: € 0,75

„Vom Schild und Schwert der Partei“

Ein Besuch in der Forschungs- und Gedenkstätte „Normannenstraße“

Irgendwo in Berlin-Lichtenberg suche ich in einem Labyrinth aus sozialistischen Wohnungsbauten nach der Forschungs- und Gedenkstätte „Normannenstraße“. Verborgenen in einem Hinterhof finde ich schließlich das Gebäude, das zum Synonym für Überwachung, Bespitzelung, Verfolgung in der Deutschen Demokratischen Republik wurde – die Zentrale des Ministeriums für Staatssicherheit, kurz MfS, die heute das Museum über die Staatssicherheit beheimatet.

Schon beim Aufstoßen der Flügeltür empfängt mich eine Wolke jenen Geruchs, der für mich typisch, ja authentisch für DDR geworden ist. Der muffig-schwere Duft ist schwer zu beschreiben, aber jeder würde ihn wiedererkennen. Das hat nichts mit Nostalgie zu tun, es ist bloß eine Feststellung, die mich für den ersten Moment beschäftigt.

Sehr schnell wird deutlich, dass nicht nur der Geruch im Gebäude haften geblieben ist. Das gesamte Inventar wurde bis auf einige notwendige Veränderungen, wie Vitrinen oder an den Wänden angebrachte Tafeln, in seinem ursprünglichen Zustand belassen.

Von Beginn an wirkt alles schwer und niederdrückend auf den Besucher, aber auch nüchtern und kalt. An den Decken flackert Neonlicht und die Stille wird einzig durch Baulärm aus einem der oberen Stockwerke zerrissen. Das Museum ist fast leer. Hier und da ein paar Studenten, vereinzelt ältere Personen. Sie nehmen sich viel Zeit die drei Stockwerke zu erkunden. Bedächtig langsam laufen sie durch die langen Flure und verharren vor den vielen Plakaten und Collagen, die für sich selber sprechen müssen, andernfalls unerklärt bleiben.

Unkommentierte Kuriosa

Die Sammlung beginnt im ersten Obergeschoss. Gezeigt wird die Observationstechnik der Staatssicherheit und die Traditionsarbeit des MfS, sogenannter „Politkitsch“. Eine thematische Einführung, ein Kurzabriss der Geschichte des Geheimdiensts sucht man vergebens. Zahlreiche Zitate, Briefwechsel, originale Beschreibungen, Plakate sind zusammengetragen, sowie einige grotesk anmutende „Container“, die der Bespitzelung parteikritischer Mitbürger dienten: unter anderem ein imitierter Feldstein mit eingebautem Miniaturmikrophon oder ein Betonpfeiler mit verborgener Fototechnik.

Den Besucher berührt vor allem die Absurdität des Gesehenen. Es einzuordnen, fällt hingegen schwer. Natürlich darf etwas wie eine Geruchskartei nicht sein, natürlich widern Erklärungen über die

effizienteste Observationstechnik des Nachbarn an, aber wie war es überhaupt möglich einen solchen Überwachungsapparat aufzubauen, wo wurzelten diese Ideen, wer trug sie und warum?

Perspektiven auf die Gegenwart fehlen und auch die Folgen der Vergangenheit bleiben gänzlich unbeleuchtet. Der Überwachungsstaat ist mit dem Ende der DDR nicht untergegangen. Das Grundgesetz soll unsere Privatsphäre schützen, doch welche Maßnahmen wenden die Geheimdienste heute an? Wer wird wie und wann überwacht? Die Ausstellung schürt diese Fragen und gibt nicht einmal Ansätze für Antworten.

Der „Politkitsch“ weckt in mir, der noch in der DDR-Geborenen, Erinnerungen. Nicht weil ich die Gegenstände mit Ideologien und Parteidiktatur verbinde, sondern weil ich mit ihnen mir bekannte Menschen assoziiere. Es ist eine Aneinanderreihung der Versuche des MfS, des „Schild und Schwertes der Partei“ (Erich Mielke), die große Verblendung aufrechtzuerhalten. Der Bezug zum großen und starken Sowjetbruder wird immer wieder betont, die Idole des Sozialismus (Marx, Engels, Lenin, Thälmann oder wahlweise auch Dr. Richard Sorge) blicken von der Wand, von gläsernen Krügen oder Tellern. Zunächst schmüzeln die Menschen, wenn sie die Teppiche mit eingesticktem „Bruder- Handschlag“ betrachten. Aber es fällt schwer zu glauben, dass eine ganze Nation geschlossen treu und gutgläubig die Deckchen mit Hammer und Sichel auf den Wohnzimmertisch legte; und erneut überflutet den Betrachter die Sehnsucht nach Hintergrundinformation, nach Interpretation.

Im zweiten Stock erhält der Besucher Einblicke in die ehemalige Chefetage. Ich gehe sowohl durch die offiziellen Räumlichkeiten des Ministers für Staatssicherheit als auch durch seinen Individualbereich. Die Einrichtung ist pragmatisch und geprägt vom Stil der 1960er und 70er Jahre. Die Zeit scheint angehalten und in der ehemaligen Cafeteria werden noch heute Kaffee und Limonade serviert. Einladend ist es dort nicht. Auch hier keine Kommentare oder Hinweise.

Einzelschicksale und Schulbuch-Stil

Das dritte Stockwerk ist einer Dauerausstellung zur allgemeinen DDR-Geschichte gewidmet. Endlich, mag der Besucher denken und dann doch nur finden, was er nicht gesucht hat. Die Ausstellung trägt den Titel „Unterdrückung. Aufbegehren. Selbstbefreiung.“ Sie setzt

Zentrale der Staatssicherheit (Berlin- Lichtenberg)

Schreibtisch Erich Mielkes

noch in der sowjetischen Besatzungszone der späten 1940er Jahre an, erzählt weiter vom gescheiterten Aufbau des Sozialismus, von der politischen Zensur, der Einschränkung der Meinungsfreiheit und schließlich von jenen, die passiven oder aktiven Widerstand leisteten.

Dieser Teil der Ausstellung wirkt, weil er immer wieder Einzelschicksale aufgreift und dadurch Nähe zum Betrachter schafft. Ansonsten sind die wichtigsten Ereignisse in steriler Schulbuchmanier zusammengefasst.

Lange verweile ich vor den Wahlplakaten von 1990. Was ist geblieben von den damaligen Ankündigungen? Welche Versprechen wurden gehalten, wie viele verraten? Wieder schlagen meine Gedanken den Bogen zur Gegenwart und werden von der Ausstellung in keiner Weise aufgefangen.

Im Flur entdeckte ich auf einigen Tafeln die Geschichte der Verfolgung der Zeugen Jehovas in der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik, die fast nahtlos an jene im Dritten Reich anknüpfte. Dieses Kapitel ist mir neu und erregt meine Aufmerksamkeit besonders. Fassungslos stehe ich vor Biografien 40 jähriger Verfolgung und Gefangenschaft. Aber auch hier wird das Potential museumspädagogischer Arbeit nicht ausgeschöpft.

Am Ende des Ganges wurde eine Zelle aus dem Gefängnis der Staatssi-

cherheit in Berlin Hohenschönhausen montiert. Wie so vieles wirkt sie erschreckend und doch auch deplaziert.

Ein Museum als Manifest der Ratlosigkeit

„Weil dieses Dokument für sich selbst spricht, haben wir auf Kommentare verzichtet“, steht auf einer Tafel und bringt das Selbstverständnis der Gedenkstätte Normannenstraße auf den Punkt. Ihre museale Strategie spiegelt den Umgang und die Erinnerung der Deutschen mit den Jahren der Zweistaatlichkeit wider. Die Ausstellung scheint noch am Anfang ihrer Entfaltung und Aufarbeitung zu stehen, so wie auch der Identitätskonflikt 17 Jahre nach der Wiedervereinigung noch immer nicht gelöst ist.

Wie oft hatte ich in den vergangenen Jahren das Gefühl gehabt, dass Deutschland vereint, aber nicht geeint sei? Dass wir einander trafen, für eine Weile begegneten und dann doch weiterhin nebeneinander herlebten? Erschreckend dabei ist vor allem, dass sich dieses Phänomen der Unterscheidung auch auf nachfolgende Generationen noch immer überträgt und brisantes Thema bleibt.

Maria Neumann,
EVS-Freiwilige bei Gedenkdienst



Endlager Museum

Museen sind ambivalente Räume: Orte der Erinnerung und des Vergessens, Orte der Bewahrung und des Todes. Für jüdische Museen in Europa muss dies nach dem von Deutschen und Österreichern initiierten und europaweit mit ihren Kollaborateuren umgesetzten systematischen Massenmord am Judentum während des Zweiten Weltkriegs besonders gelten. Sie stellen jedoch nicht nur einen Extremfall dar, sondern können zugleich als paradigmatisch für die Institution Museum und Prozesse von Musealisierung gelten.



Bereits die NS-Täter hatten während der „Endlösung“ ein jüdisches Museum errichtet: das „Jüdische Zentralmuseum“ in Prag, das 1942 aus lokalen Initiativen und Interessen der Opfer und der Täter, aufbauend auf einem schon 1906 gegründeten Museum, hervorgegangen war. Seine Nachfolgeeinrichtung stellt heute einen der größten Anziehungspunkte für Touristen in der tschechischen Hauptstadt dar.

Die Gemeinden des „Protektorats Böhmen und Mähren“ hatten jeweils vor ihrer Deportation ihre Kultgegenstände, gut verpackt und systematisch verzeichnet, an das „Zentralmuseum“ in Prag zu senden. Dort wurden sie von jüdischen Wissenschaftlern inventarisiert, gelagert und zu Ausstellungen in den Synagogen des jüdischen Viertels zusammengestellt. Die Aufsicht führte das Prager „Zentralamt zur Regelung der Judenfrage in Böhmen und Mähren“, Eichmanns Außenstelle zur Durchführung der „Endlösung“ im Reichsprotektorat.

Zwischen Beraubung und Bewahrung

Das Prager Museumsprojekt, wenn auch nicht, wie häufig angenommen, für den gesamten deutschen Machtbereich zuständig, stellt gewissermaßen das Endlager der „Endlösung“ dar: den Ort der Aufbewahrung dessen, was nicht ohne weiteres wie Wohnungseinrichtungen und Gebrauchsgegenstände aus jüdischem Besitz an die nichtjüdische Bevölkerung umverteilt werden konnte. Der höchst systematisch organisierte Raub musste das Problem übrig bleibender Kultgegenstände zwangsläufig aufwerfen. Diese blieben im Zuge der Deportationen in die Ghettos und Vernichtungslager natürlich massenhaft zurück. Gleichzeitig musste die in Prag zentralisierte Jüdische Kultusgemeinde ein Interesse daran haben, die Kultgegenstände für die Zeit nach dem Krieg zu bewahren – in der Hoffnung, ein jüdisches Leben fortsetzen zu können.

Die Aktivitäten um das Zentralmuseum oszillieren somit zwischen Beraubung und Bewahrung. Sie sind das Ergebnis sich gegenseitig aufschaukelnder und paradoxerweise in einem Punkt vereinbarer, ansonsten aber inkongruenter Interessen von SS/SD und Juden im Rahmen der nationalsozialistischen Beraubungs- und Vernichtungspolitik. Der Wille der Opfer, ein Überleben oder zumindest ein Gedächtnis zu sichern, und der Wille der Täter, ihre Opfer zu erniedrigen, zu berauben und zu vernichten,

verschränken sich im Projekt des Museums.

Die Sammlung als Produkt der Deportationen

Das Anschwellen der Sammlungen des Prager Museums von etwa 1.000 Objekten im Jahr 1941 bis auf 200.000 in acht Gebäuden und 50 Warenhäusern zu Kriegsende spiegelt unmittelbar die Deportationen der jüdischen Gemeinden aus dem Protektorat. Die Kultgegenstände wurden wie die sie benutzenden Menschen direkt aus dem Leben, aus ihrem alltäglichen Gebrauch herausgerissen. Wenn es schon immer eine Allianz zwischen Museum und Tod gibt, so ist sie hier doch enger und direkter: Der Tod, der die Musealisierung ermöglicht oder sogar erzwingt, ist ein Mord. Die Vorgänge in Prag sind somit nicht nur eine skurrile oder kafkaeske Geschichte, sondern sind direkt und unmittelbar mit der Vernichtungspolitik verbunden, durch sie bedingt. Das Depot des Museums wuchs in dem Maße, wie die Dörfer und Städte des Protektorats „judenfrei“ gemacht wurden.

Depots als Speicher von Museen beinhalten normalerweise keine Aussage. Erst durch die Zusammenstellung und Inszenierung in den öffentlichen Räumen des Museums entsteht ein Narrativ, wird eine Position artikuliert. Bezeichnenderweise war es somit auch möglich, dass Opfer und Täter in Prag ein gemeinsames Interesse an der Sammlung der Kultobjekte hatten, es aber bei Detailfragen zur Einrichtung der Ausstellungen zu unüberbrückbaren Konflikten zwischen den aufsichtsführenden SD-Männern und den jüdischen Museumsfachleuten kam. Doch in Prag gewann selbst das Depot einen Aussagewert, allein durch seine alles umfassende Totalität. Am Ende mussten die jüdischen Mitarbeiter sogar noch ihre eigenen Besitztümer in den Bestand des Museums eingliedern, bevor sie fast alle in den Tod deportiert wurden. Ein jüdisches Leben außerhalb des musealen Raumes existierte praktisch nicht mehr. In den Ausstellungen wurde dies durch die Herstellung von lebensgroßen Wachfiguren zur Veranschaulichung jüdischer Sitten zu kompensieren versucht. Bemerkenswert ist allerdings, dass sich die teilweise fotografisch dokumentierten Ausstellungen kaum von jüdischen Museen der Nachkriegszeit unterscheiden. Offendunziatorische Strategien wie in den berühmten Propaganda-ausstellungen „Entartete Kunst“ und „Der ewige Jude“ sind hier nicht zu finden. So kann es auch kaum verwundern, dass während des Krieges



nur einige SS/SD-Leute das Museum sehen durften, es ansonsten geheim gehalten wurde, nach Kriegsende aber praktisch unverändert für die Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden konnte.

Die Zweischneidigkeit von Musealisierung

Was hier an einem Extremfall besonders radikal zu Tage tritt, ist die Zweischneidigkeit jeglicher Musealisierung. Bereits die beginnende Selbstmusealisierung des Judentums in Europa und Amerika um die vorletzte Jahrhundertwende war sowohl ein Versuch, die eigene Identität in Zeiten der Assimilation zu bewahren, zugleich aber eine Form der Selbsthistorisierung, ein Ablegen der eigenen alten Kultur, um als gleichberechtigte Bürger von den Nationalstaaten angenommen zu werden. Damals wurden Kultgegenstände aufbewahrt, wenn sie nach dem Abriss einer Synagoge oder nach der Auflösung einer Gemeinde nicht mehr für den Gottesdienst gebraucht wurden. Während des Zweiten Weltkrieges kam es zu einem massenweisen, weil erzwungenen Herausfallen von jüdischen Kultgegenständen aus einem bis dahin alltäglichen Benutzungszusammenhang. Ursache dafür war der Massenmord an denen, die diese Objekte benutzten. Der Vorgang der Musealisierung wird zum Raubmord. Insofern muss Auschwitz, müssen die Todeslager und die Erschießungsstätten als die eigentlichen Orte der „Musealisierung“ des Judentums verstanden werden.

Musealisierung und Museum ermöglichen den Tätern scheinbar Gegensätzliches: die tatsächliche Vernichtung des angeblichen Feindes und seine Konservierung und weitere Repräsentation zur Stützung der eigenen Ideologie, die auf Grund ihrer bipolaren Konstruktion ohne das Gegenbild „des Juden“ gar nicht aufrechterhalten werden kann. Der Schriftsteller H. G. Adler, der Theresienstadt überlebte und unmittelbar nach dem Krieg für kurze Zeit im Museum arbeitete, lässt dies in seinem Schlüsselroman über die Vorgänge in Prag, Die unsichtbare Wand, einen SS-Mann mit den Worten zusammenfassen: „Ihr müsst sein, auch wenn ihr nicht mehr seid...“. Auf Seiten der NS-Täter ist die Gründung des Zentralmuseums – bewusst oder unbewusst – eine Folge dieser Einsicht. Es steht damit der verbreiteten Annahme einer parallel zur systematischen Ermordung geplanten Lösung der Juden aus Geschichte und Gedächtnis entgegen. Von einer geplanten



ten „Endlösung der Erinnerung“ kann keine Rede sein, vielmehr von dem Versuch einer „Arisierung“ des Gedächtnisses, einer Bewahrung und Instrumentalisierung für die Zwecke der nationalsozialistischen Ideologie über den Massenmord hinaus.

Vernichtung und museales Erinnern

Das komplementäre Phänomen zur physischen Vernichtung muss nicht das Vergessen, sondern kann vielmehr das museale Erinnern sein. Nicht die Auslöschung überbietet den Massenmord, sondern die Bewahrung eines von den Tätern hergestellten Bildes „des Juden“. Die physische Vernichtung wäre erst komplettiert gewesen, wenn auch die Erinnerung an die Opfer von den Tätern hegemonial definiert worden wäre. Im Unterschied zur heutigen Situation hätte es eine Erinnerung ohne Gegenstimmen und ohne Konkurrenz sein sollen. Die Dargestellten hätten keinen Anteil mehr daran gehabt. Die Projekte der NS-Täter zur Sammlung und Ausstellung von Judaica und auch „jüdischen“ Körpern, von denen das Prager Museum keinesfalls das einzige, aber wohl das größte ist, sind allerdings weder neu noch singulär. Sie stehen vielmehr in der Tradition von Völkerausstellungen und Freak-Shows, von ethnologischen und anthropologischen Museen.

Inzwischen errichten die Nachkommen der Täter den Opfern Museen und Denkmäler und erinnern an die Verbrechen ihrer Väter und Großväter mit Mahnmalen und in Gedenkstätten. Ein deutscher „Endsieg“ jedoch hätte wohl auch jüdische Museen und vielleicht sogar Denkmäler für den Massenmord, als notwendige und heroische Tat verstanden, nach sich gezogen. Die scheinbar wesensmäßige Verbindung von Vernichtung und Vergessen auf der einen sowie Gedächtnis und Gerechtigkeit auf der anderen Seite, die eine Grundlage unserer Erinnerungskultur darstellt, entlarvt sich damit als Kurzschluss. Entscheidend ist, wer die Macht über Erinnerung und Gedächtnis hat, wer sie konstruiert und kontrollieren kann. Die NS-Täter haben diese Macht mit dem Kriegsende und ihrer Niederlage keinesfalls vollständig verloren. Ihre Gedächtnispolitik, der auch das Prager Museumsprojekt zuzurechnen ist, wirkt noch oftmals subkutan und unmerklich nach.

Dirk Rupnow,
geb. in Berlin, Historiker,
dzt. APART/ÖAW Visiting Fellow, IWM Wien.
Zuletzt erschien sein Essayband: „Aporien des Gedenkens. Reflexionen über ‚Holocaust‘ und Erinnerung“

Herr Unterberger, wie meinen?!

Im Amtsblatt der Republik Österreich wurde der Prozess gegen den Holocaustleugner David Irving kommentiert – von einem amtsbekannten Rechtsextremisten. Gedenkdienst protestierte – und wird mit Klagsdrohungen eingedeckt.

Bei wem sich intensives Mitteilungsbedürfnis mit Enttäuschung über das jähle Ende der tausendjährigen deutschen Erfolgsstory anno 1945 paart, läuft – den nachsichtigsten Behörden zum Trotz – Gefahr, mit dem Rechtsstaat in Konflikt zu kommen. Wenn die Wolken des Gesinnungsterrors den stahlblauen Himmel über schütter behaarten Kameradenhäuptern verdunkeln, wählt jung und alt dieselbe Telefonnummer. Herbert Schaller lässt seine rechtsanwaltliche Fürsorge verdienten Kämpfen wie Otto Ernst Remer, der als führertreuer Militär den Offiziersaufstand vom 20. Juli 1944 niederschlug, ebenso angedeihen, wie diversen ungestümen Enkeln des Führers etwa Gerd Honsik, Walter Ochsenberger oder Franz Radl.

Doch nicht nur juristisch, auch ideell wirkt der 1922 geborene Advokat Schaller im Dienste der völkischen Sache: So beehrte er als Referent die Jahreshauptversammlung der rechtsextremen „Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e. V.“ (HNG) die sich der Kameraden annimmt, die in Demokratenverliesen schmachten. Zu ihren karitativen Projekten zählte sie neben Nachwuchsnazi Gottfried Küssel den verdienten Massenmörder Erich Priebke sowie die „Blutige Brigitte“ Lächert, eine Aufseherin im Vernichtungslager Majdanek. Für Schlagzeilen sorgte Schaller in jüngerer Zeit mit seiner Teilnahme an der Teheraner Holocaustkonferenz im Dezember 2006 und der erfolgreichen Vertretung des britischen Revisionisten David Irving, dem er zu Weihnachten 2006 eine vorzeitige Haftentlassung bescherte.

Schallers Kommentar im Amtsblatt der Republik

Schallers Vita mag kleinliche Gutmenschen irritieren – nicht so Andreas Unterberger, in besseren Zeiten Chefredakteur der „Presse“ und nun redaktionelles Oberhaupt der „Wiener Zeitung“, des Amtsblatts der Republik Österreich. Hier durfte am 18. Jänner 2006 ausgerechnet Herr Schaller den Prozess gegen Irving kommentieren und nicht nur jene angreifen, die Irvings vorzeitige Entlassung kritisiert hatten, sondern auch indirekt das Verbotsgesetz an sich in Frage stellen. Neben anderen kritisierte auch der Gedenkdienst in einer Aussendung scharf den verantwortlichen Chefredakteur Andreas Unterberger und forderte seine Abberufung. Die betreffende Passage der Gedenkdienst-Aussendung vom 25. 1. 2007 im Wortlaut:

Seit dem Artikel des prominenten rechtsradikalen Advokaten Herbert Schaller in der republikseigenen „Wiener Zeitung“ erreichen den Gedenkdienst dutzende Anfragen von Überlebenden. „Was sollen wir beispielsweise einer Frau sagen, die zwei Kinder in Auschwitz verloren hat und uns fassungslos fragt, wieso mit Schaller ausgerechnet ein Teilnehmer der berühmten Teheraner Holocaust-Konferenz in einer Zeitung der Republik den Straferlass für den Revisionisten David Irving kommentiert?“, so Wenninger. „Von den Ausfällen Schallers gegen Befürworter des Verbotsgesetzes wie Hannes Jarolim gar nicht zu reden.“

Nun sei rasches und konsequentes Handeln seitens der Republik gefragt.

Der Gedenkdienst unterstützt vollinhaltlich die Forderung nach Abberufung des verantwortlichen Chefredakteurs Andreas Unterberger. Es sei nun an der Zeit, antifaschistische Gesinnung nicht nur in salbungsvollen Sonntagsreden, sondern auch durch konkrete Taten unter Beweis zu stellen: Jene, die zwar alljährlich auf Gedenkfeiern auftraten, aber in einer solchen Situation abwiegelten oder schwiegen, müssten sich mit Recht Heuchler nennen lassen, schloss Wenninger.

Unterberger is not amused

Das mediale Interesse am Statement des Vereins war enden wollend und im Bundeskanzleramt hatte man gerade andere Sorgen, als den Forderungen von Gedenkdienst nachzukommen. Drei Monate später, am 24. April, ließ uns dafür Andreas Unterberger per Mail wissen:

Da in der „Wiener Zeitung“, abgesehen von ein paar Berufsfunktionären, kein einziger Protest eines Überlebenden eingelangt ist – weil sich ja der Sachverhalt ganz anders darstellt als von Ihnen und jenen Berufsfunktionären behauptet – fordere ich Sie formell auf: Übermitteln Sie mir umgehend diese Dutzenden Anfragen oder ziehen Sie in einem Schreiben vor dem gleichen Forum diese Behauptung formell und mit Bedauern zurück und übermitteln mir eine Kopie dieses Rückzugs. Falls Sie weder zu dem einen noch zu dem anderen bereit sind, weise ich Sie formell auf die kostspieligen zivilrechtlichen Folgen Ihres Verhaltens hin.

Als sich Gedenkdienst unwillig zeigte, Herrn Unterbergers Wunsch zu entsprechen, trat in dessen Namen die Kanzlei Liebenwein auf den Plan. Sie teilte am 11. Mai mit, die Aussendung des Vereins stelle „die Behauptung auf, der Chefredakteur der Wiener Zeitung, Dr. Andreas Unterberger, sei faschistischer Gesinnung respektive fördere und/oder begünstige er Personen mit behaupteter faschistischer Gesinnung und/oder Herrn Dr. Herbert Schaller durch Aufnahme von Gastbeiträgen in die Wiener Zeitung.“ Dies erfülle den Tatbestand der Ehrenbeleidigung und Kreditschädigung. Eine Klage könne nur durch Zustimmung zu einem Vergleich abgewendet werden. Derselbe wurde gleich mitgeliefert und sah einen Widerruf obiger (angeblicher) Aussage in Form einer halbseitigen Anzeige in der „Wiener Zeitung“ sowie die Kostenübernahme für Unterbergers Rechtsbeistand vor. Wir lehnten dankend ab.

Abgesehen nämlich davon, dass Herrn Unterberger vermutlich wohl bewusst war, dass die Annahme seines freundlichen Offers den Verein in den Konkurs treiben würde, verspricht ein Prozess spannend zu werden; erst recht, wenn „Personen mit behaupteter faschistischer Gesinnung“ im Zeugenzustand aufmarschieren. Immer vorausgesetzt natürlich, diese können es sich einrichten und es heißt nicht zeitgleich in einer einschlägigen Postille (in diesem Fall „Halt“ Nr. 57/1991): „Schaller aus Österreich eilt an die Gaskammernfront!“

Florian Wenninger,
Obmann Gedenkdienst

WWW.SIL.AT
TEL: 014933256

**FESTNETZ
ABGEMELDET**

INTERNET UND TELEFON VON SILVER SERVER

Silver:ADSL:Home: Internet-Standleitung, Anschluss beliebig vieler Rechner, Telefon, günstige Gesprächsgebühren, E-Mail, eigene Webadresse und Support ohne Warteschleife für 40.80 Euro/Monat - kein Setup, keine versteckten Kosten, keine Traffic-Nachverrechnung.

 SILVER SERVER
INTERNET OHNE KOMPROMISSE

Buchhinweis

Christian Klösch: Des Führers heimliche Vasallen (Wien 2007)

In seiner Dissertation hat sich der Historiker Christian Klösch mit seiner Heimatregion, dem Kärntner Lavanttal, befasst. Sein Augenmerk gilt einem Moment schärfster Konfrontation, als die Nationalsozialisten im Juliputsch 1934 die austrofaschistische Staatsmacht herausforderten. Die Studie, 2006 mit dem Herbert-Steiner-Preis ausgezeichnet, liegt nun als Buchpublikation im Czernin Verlag vor.

Innerhalb von Stunden gelang es ca. 1.300 Putschisten das Lavanttal unter ihre Kontrolle zu bringen und diese, gestützt auf die Zustimmung breiter Bevölkerungsguppen, für einige Tage zu

behalten. Nirgendwo in Österreich beherrschten die Nationalsozialisten ein Territorium von vergleichbarer Größe. In der NS-Zeit zur Identitätsstiftung propagandistisch verwertet, wurde der Juliputsch nach 1945 zum Tabu. Klösch untersucht die Strukturen, die den Aufstieg der NSDAP in Unterkärnten ermöglichten, geht den Lebensgeschichten von Protagonisten des Putsches im Lavanttal nach und wirft ein Licht auf Kontinuitäten in der regionalen Elite, die weit in die Zweite Republik hineinreichen. **O.K.**



Vorträge von Zeitzeugen aus London an Wiener Schulen

Wenn Sie diesen Artikel lesen, werden wir von unserer Reise bereits heimgekehrt sein und wissen, inwiefern sie erfolgreich war. Zum Zeitpunkt des Schreibens aber steht uns diese Reise und auch so manches an Planung noch bevor.

Zur Vorgeschichte: 2003 organisierte das London Jewish Cultural Centre (LJCC) in Zusammenarbeit mit dem Verein Gedenkdienst die erste Reise einer Gruppe Wiener Holocaust Überlebender nach Wien, damals auf Einladung des Jewish Welcome Service. Noch einmal wurde diese Gruppe 2005 eingeladen. Ein paar der Überlebenden besuchten jene Schulen, von welchen sie vertrieben worden waren, und sprachen mit den Schülern. Dies hinterließ einen tiefen Eindruck bei Schülern wie Lehrern. Seither erreichen uns Anfragen nach weiteren Besuchen.

Harry Bibring, den einst ein Kindertransport nach England vor der Verfolgung durch das NS-Regime gerettet hatte, trat schließlich zu Beginn des Jahres an mich mit der Idee heran, eine weitere Reise zu organisieren. Diesmal aber soll es eine Arbeitsreise werden. Alle Teil-

nehmer haben Erfahrung im Sprechen vor Schulklassen. Sie werden während der gesamten Woche Schulen besuchen und Zeitzeugenberichte geben. Mit Hilfe von Mia und John im Büro in Wien machte ich mich an die Umsetzung des Projekts. Ich trat mit Zeitzeugen in Kontakt, kümmerte mich um Flüge, Hotel, Transport, Versicherung und am wichtigsten: ich begann Geld aufzutreiben, was sich als schwierigste Aufgabe herausstellte. In Wien organisierte Mia Besuche in 17 Schulen. Teilnehmen werden Harry Bibring, Otto Deutsch, Scarlett Epstein, Freddie Knoller, Trude Levi und George Vulkan.

Heute, ein paar Tage vor Antritt unserer Reise, bin ich natürlich schon recht nervös, ob alles gut gehen wird. Mein Dank gilt den Verantwortlichen am LJCC und im Verein Gedenkdienst für Hilfe und Vertrauen sowie dem Zukunftsfonds der Republik Österreich und dem Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur für die finanzielle Unterstützung. (In der nächsten Ausgabe dann ein Bericht über die Reise.)

Hansi Kirchknopf,
GDLer am LJCC in London

Gedankenwirrwarr aus dem hohen Norden der Niederlande



Wenn ich darüber nachdenke was mich in der Zeit als Freiwillige hier am meisten beschäftigt hat, fallen mir eine ganze Menge Dinge ein. Oft ärgere ich mich über Verharmlosungen. So zum Beispiel wenn, wie so oft, bei Gedenkveranstaltungen die Rede davon ist, dass 'solche Dinge ja auch heute noch passieren' oder wenn eine Geschichte von Massenmord ohne Verantwortliche erzählt wird.

Viele Stunden lang habe ich mir auch den Kopf zerbrochen über all die Zwänge, mit denen ich hier konfrontiert werde. Denn ich empfinde Arbeit nicht als Befreiung und auch das Eingliedern in hierarchische Strukturen ist nicht etwas, wozu ich mich gerne freiwillig melde. Mir ist jedoch auch klar, dass die Welt im Moment nun einmal so funktioniert und mensch sich mit gewissen notwendigen Übeln mehr oder weniger arrangieren muss.

Gedenkdienst bietet mir auf jeden Fall die Möglichkeit eine ganze Menge spannende Erfahrungen zu machen. Dazu kommt, dass ich mich als Freiwillige bei weitem nicht in derselben Abhängigkeit befinde wie meine lieben zwangsdienstleistenden Kollegen. Diese Tatsache musste ich mir immer wieder bewusst machen, wenn ich mich an diesen dunklen, verregneten Tagen, die nur aus Schlafen, Essen und Arbeiten bestanden wieder einmal fragte ob das wirklich das ist, was ich will.

Inzwischen hat sich mein Leben hier ziemlich verändert. Ich fühle mich meist wohl in der Stadt, in der ich wohne und habe Dinge gefunden, die ich gerne tue. Dies war wohl gemerkt nicht von Anfang an so. In der Arbeit habe ich inzwischen eine tolle Begleitperson und finde mich immer besser zurecht. Viel Zeit verbringe ich mit meinem Projekt, in dem ich mich mit der Bedeutung von Gender für das Leben im Lager auseinandersetze. Das Begleiten von Gruppen hingegen nahm bisher sehr wenig Zeit in Anspruch, denn bisher kamen beinahe keine deutschsprachigen Gruppen, und mit niederländischen Gruppen beginne ich gerade erst. Es gibt unendlich viele Dinge die ich hier noch gerne machen würde, doch irgendwie vergeht die Zeit wie im Flug.

Judith Katzlinger,
EVS-Freiwillige in Westerbork

Fortsetzung von Seite 1: Das Haus der Geschichte...

einer „Road-Map“. Und wieder gab es Protest seitens der Wissenschaft, und wieder einen Coup: Binnen Monatsfrist erhielt die „Arbeitsgruppe“ eine „Expertengruppe“ von 18 (!) regierungsseitig ernannten HistorikerInnen beige stellt, mit deren Unterstützung schon Ende Juni 2006 ein Papier zur „Umsetzungsstrategie“ fertiggestellt war. Und dann kamen die Nationalratswahlen und bei den knapp erfolgreichen Sozialdemokraten späte Erkenntnisse, dass diese Form von Geschichtspolitik in ihren inhaltlichen, demokratiepolitischen und finanziellen Dimensionen vielleicht doch gründlicher durchdacht sein will. Fazit (im Mai 2007): „Sehr bald“ soll ein Koalitions Gipfel in Sachen Haus der Geschichte einberufen werden, wobei eines feststeht, nämlich die Einsetzung einer neuen Projektgruppe. Zurück an den Start also.

Manfried Rauchensteiner hat bei Einsetzung der Expertengruppe in der Zeitschrift „Falter“ nicht unzutreffend kritisiert, dass ein Museal-Projekt - und ein solches stellt das „Haus der Geschichte“ in der „Road-map“-Version eindeutig dar - nicht von akademischen Forschern allein, sondern nur im Verbund mit Museumpädagogen, Didaktikern, Kommunikationsexperten und anderen konzipiert werden kann. Er hat weiter moniert, dass der „sozialpartnerschaftliche“ Zug in der Expertenkommission bloß zur Verwischung der Konturen führen werde, zu einem Sowohl-als-auch, einem bizarren Ausverhandeln parteipolitischer Traditionskonflikte, einem Amalgam von Meinungen. Und sieht man sich die „Road-map“ an, die sich auf die Strukturen des Projekts bezieht, dann konstatiert man zumindest eine Reihe von Widersprüchen. Ein „offenes Forum“ soll es werden, aber zur Vermeidung von Konkurrenz mit einem eigenen Forschungsbudget ausgestattet; ein „virtuelles Museum“ wird flankierend zu Ausstellungen in Aussicht gestellt, aber als elektronisches Ein-Weg-Archiv konzipiert; angestrebt ist ein „breites Spektrum an Material und (davon getrennt) [?] Interpretationen und Meinungen“, das gleichzeitig einer aus einem Popularitätsauftrag hergeleiteten „Inszenierung“ unterzogen werden soll.

Die vielen Gesichter der Vergangenheit

Schöner, prächtiger, vielfältiger, „demokratischer“ soll es also werden, das Road-map-„Haus der Geschichte“. In einem kontrollierten Pluralismus sollen historiografische Angebote zur Deutung aktueller Probleme gemacht werden. Was könnte man daran kritisieren? Nichts, wenn man der naiven Meinung ist, die Vergangenheit sei durch die wissenschaftlichen Spezialisten zu ordnen, mit Sinn auszustatten und ästhetisch konsumierbar zu machen.

Die in einer Reihe von Artikeln und auf Tagungen formulierte Fundamentalopposition zu einem „Haus der Geschichte“ stellt gerade dies in Frage. Sie knüpft an zwei zeitgenössische Überlegungen an, die ihre Beziehung zu einem neuen politischen Denken nicht verdecken.

Zum einen handelt es sich um eine kritische Wendung in der Geschichtswissenschaft selbst. Ihr geht es um die kritische Auflösung von scheinbar unmittelbar gegebenen Größen und Begriffen wie „Volk“, „Staat“, „Nation“ und um die Aufhellung der Verwechslung der Zeit der Historiker - der „Epoche“, „Ära“ etc. - mit abgeschlossenen, in sich stimmigen Formationen der Vergangenheit. Zum zweiten handelt es sich um die theoretische, ästhetische und praktische Entdeckung der Existenz einer Vielzahl unterschiedlicher Gedächtnisse, aus denen sich eine mannigfaltige und agonale „öffentliche Geschichte“ zusammensetzt.

Beide neue Haltungen zur Vergangenheit schließen an die Wende zu einem „postheroisch“ genannten Geschichtsbild an, das den verstummten Stimmen der individuellen und kollektiven Opfer der „geglückten“ (nationalen) Aufbauwerke mehr aktuell benötigten politischen Erfahrungswert zuordnet als den identitätspolitischen Erfolgsgeschichten. Der so oft im Mund geführte französische Historiker Pierre Nora hat in dieser Perspektive von „Erinnerungsmilieus“ und „Erinnerungsorten“ geschrieben, die sich gegen die großen Lehrbuch-Entwürfe stellen. Die „öffentliche Geschichte“ findet in einem neuinterpretierten Theaterstück ebenso statt wie in einem Film von Chris Marker oder in der Konstituierung eines Vereins zur Errichtung eines Mahnmals auf dem Gelände eines ehemaligen Deportations-Bahnhofs. Deshalb kommt ein „Haus der Geschichte“ auf jeden Fall „zu spät“, um nicht als Versuch zu gelten, diese Entwicklung aufzuhalten und umzudrehen. Allenfalls kann man sich noch eine Stiftung vorstellen, die das ganze Spektrum wissenschaftlicher, künstlerischer und praktischer Erinnerungsarbeit gegenüber politischer Einflussnahme absichert und verordnete Geschichtsbilder in schlechte Optik setzt. Damit wir nicht wieder, wie 2005, mit „25 peaces“ und einem Kartoffelacker am Heldenplatz im Auftrag der Regierung beglückt werden.

Vielleicht beherzigen die derzeitigen und die künftigen Mitglieder einer Projektgruppe für eine „Haus der Geschichte“ ja doch noch die Lehren des Kinder-Würfelspiels und wenden sich anderem zu.

Siegfried Mattl,
Zeithistoriker, Co-Leiter des Ludwig-Boltzmann-Instituts für Geschichte und Gesellschaft, Wien

GEDENKDIENTST

Zivilersatzdienst - Holocaust-Education - Europäischer Freiwilligendienst

No 2/07

GEDENKDIENTST ist eine politisch unabhängige Organisation, die Aufklärungsarbeit über den Holocaust, seine Ursachen und Folgen leistet. Besonders die Rolle von ÖsterreicherInnen als „Täter, Opfer und Zuschauer“ kommt dabei zur Sprache.

Damit wollen wir als junge Generation unseren Teil der kollektiven Verantwortung übernehmen indem wir gegen das Vergessen und Verdrängen arbeiten. Mit unserer Arbeit wollen wir bei der Schaffung eines breiteren und tieferen Bewußtseins über den Holocaust mithelfen und die Erinnerung an das Geschehene besonders bei Jugendlichen wachhalten.

Programme

- Studienfahrten zu Gedenkstätten
- Seminare zu Schwerpunktthemen
- Organisation von Vorträgen, Filmvorführungen u.a.m.
- Projektunterricht zum Thema Holocaust

MitarbeiterInnen können diese Arbeit an 20 Holocaustgedenkstätten und Forschungseinrichtungen fortsetzen. Zivildienstpflichtige werden nach einem 12,5-monatigen Gedenkdienseteinsatz im Ausland nicht mehr zum ordentlichen Zivildienst herangezogen. Frauen können einen einjährigen Gedenkdienseteinsatz im Rahmen des European Voluntary service (EVS) leisten.

Alle bisher erschienen Ausgaben von GEDENKDIENTST finden Sie auch im Internet unter der Adresse: <http://zeitung.gedenkdienst.at>



Geh Denken!

Veranstaltungsreihe des Vereins Gedenkdienst

Veranstaltungsort: Depot, Breite Gasse 3, 1070 Wien (<http://www.depot.or.at>)

Mo, 11. Juni, 19:00

Das Verbotsgesetz. Heute noch zeitgemäß?

Podiumsdiskussion

Moderation:

Georg Hufgard

TeilnehmerInnen:

Wolfgang Neugebauer (Dokumentationsarchiv des österr. Widerstandes)

Karl Öllinger (Die Grünen)

Amsterdam

Anne Frank Haus

Auschwitz

**Internationale
Jugendbegegnungsstätte**

Berlin

**Anne Frank Zentrum,
Aktion Sühnezeichen**

Brüssel

Fondation Auschwitz

Budapest

Holocaust-Dokumentationszentrum

Buenos Aires

**Fundación Memoria del Holocausto,
Hogar Adolfo Hirsch**

Jerusalem

Yad Vashem

London

London Jewish Cultural Centre

Kiew

**Ukrainian Center for
Holocaust Studies**

New York

Leo Baeck Institute

Paris

**La Maison de la Culture Yiddish /
Bibliothèque Medem**

Prag

Institut Theresienstädter Initiative

Tel Aviv

Anita Mueller Cohen Elternheim

Terezín

Gedenkstätte Theresienstadt

Vilnius

Jüdisches Museum

Warschau

Jüdisches Historisches Institut

Washington

US Holocaust Memorial Museum

Westerbork

**Herinneringscentrum Kamp
Westerbork**

Mit freundlicher Unterstützung durch:



GEDENKDIENTST
A-1010 Wien, Rabensteig 3/18
tel +43 1 581 04 90
fax +43 1 581 04 90 90
office@gedenkdienst.at
www.gedenkdienst.at

Kontaktadresse